

Die amerikanische Armee ist am Anschlag

Amerikanische Soldaten müssen ab sofort länger im Irak und in Afghanistan bleiben. Präsident Bush sucht derweil nach einem Koordinator für die Kriegseinsätze.

Von Walter Niederberger, New York

Das Pentagon hat einen einschneidenden Einsatzbefehl ausgegeben, von dem über 100 000 Armeeinghörige im Irak und Afghanistan betroffen sind. Statt wie bis anhin zwölf Monate müssen die Landstreitkräfte ab sofort 15 Monate an einem Stück im Gefecht verbleiben. Damit wird die stark beanspruchte Armee noch weiter belastet. Skeptiker befürchten, dass es deswegen zu mehr Entlassungsgesuchen von ausgedienten Soldaten und zu weniger Rekrutierungen kommen wird.

Verteidigungsminister Robert Gates begründete die verlängerte Einsatzpflicht damit, dass die Planungssicherheit des Pentagon erhöht werde. Die um drei Monate erweiterte Einsatzzeit sei nötig, um das Ziel eines langen Heimurlaubes wieder zu erreichen. «Mir ist klar, dass diese Entscheidung unseren Soldaten und ihren Familien viel abverlangt», erklärte Gates an einer Medienkonferenz. An sich sollten die im Irak und in Afghanistan eingesetzten Soldaten nach einem zwölfmonatigen Einsatz abgelöst und mindestens zwei Jahre Heimurlaub einziehen können, bevor sie wieder aufboten werden.

Doch wird diese Kadenz wegen des Grossaufgebotes von 145 000 Soldaten allein im Irak und wegen der von Präsident Bush durchgesetzten Aufstockung um zusätzlich 20 000 Wehrmänner nicht durchgehalten. Grosse Teile der Irak-Truppen absolvieren bereits ihre zweite Runde; ihre Marschbefehle schwanken gemäss dem Pentagon zwischen einem Jahr Urlaub und einem Jahr Kriegseinsatz.

Gates versicherte, der Befehl stelle kein Präjudiz für den Zeitpunkt eines späteren Truppenrückzugs aus dem Irak. Doch ge-

hen Militärexperten davon aus, dass die Regierung dank der verlängerten Einsatzdauer die Truppenstärke im Irak bis ins Wahljahr 2008 hinein noch höher schrauben könnte. Der Entscheid steht auch nicht isoliert da: Zu Wochenbeginn hatte das Verteidigungsministerium bereits bekannt gegeben, 100 000 Angehörige der Nationalgarde in den Irak zu schicken, die meisten von ihnen zum zweiten Mal. Dieses Aufgebot von Nichtarmee-Angehörigen stiess auf harsche Kritik der betroffenen Bundesstaaten. Die Nationalgardisten

hatten oft nur eine sehr geringe Vorbereitungszeit von vier Wochen, machten die Gouverneure geltend. Zudem verfügen 90 Prozent der Gardisten gemäss einer Studie des unabhängigen Accountability Office des Kongresses nicht über eine kriegstaugliche Ausrüstung und sind deswegen besonders anfällig auf schwere Verletzungen. Um die Garde voll kriegstauglich auszurüsten, würden in den nächsten sechs Jahren 8 Milliarden Dollar benötigt. Doch ist die demokratische Mehrheit im Kongress nicht mehr bereit, Kriegsgelder frei-

zugeben, ohne dass sich Bush auf ein Datum für den Truppenrückzug verpflichtet.

Während sich die Bodentruppen auf längere Einsätze gefasst machen müssen, versucht Bush mehr direkten Einfluss zu nehmen. Wie das Pentagon gestern bestätigte, sucht der Präsident nach einem «Kriegszaren», einem hochrangigen General, der im Weissen Haus die Koordination der Kriegseinsätze übernimmt. Es gehe darum, die Bürokratie zu überwinden und die Politik des Präsidenten besser durchzusetzen, hiess es. Die Suche gestal-

tet sich indessen schwierig. Drei hochrangige Generale winkten bereits ab. Marinegeneral Jack Sheehan begründete seine Absage damit, dass Vizepräsident Dick Cheney zu viel zu sagen habe und im Wesentlichen noch immer die Irak-Politik bestimme. Er wolle sich deswegen «keine Magengeschwür» holen, sagte Sheehan. Er hatte wie das Gros der Topkommandanten den Hehl daraus gemacht, dass er dem Duo Cheney/Rumsfeld nicht traute und deren Doktrin eines Krieges mit minimalem Aufwand ablehnte.

Bombe explodiert im irakischen Parlament

Bagdad. – Bei einem Selbstmordattentat in der «grünen Zone» im Zentrum der irakischen Hauptstadt Bagdad sind am Donnerstag acht Menschen getötet worden. Dabei sprengte sich im Restaurant des Parlaments ein mit einem Dynamitgürtel bewaffneter Mann in die Luft. Mehr als zehn Personen wurden laut Angaben der Nachrichtenagentur Aswaaq-Irak beim Anschlag verletzt. Bei den Toten handelt es sich um drei Abgeordnete, vier Parlamentsangestellte und den Attentäter. Das Eindringen des Attentäters in die «grüne Zone» stellt eine besonders schwere Verletzung der dort herrschenden strengen Sicherheitsvorkehrungen dar. Neben dem Parlament liegen auch mehrere irakische Regierungsgebäude sowie die amerikanische Botschaft. Der schiitische Abgeordnete Hadi al-Amiri kritisierte, die Sicherheitsvorkehrungen in der «grünen Zone» seien nicht streng genug gehandhabt worden.

Gleichentags wurden in Bagdad bei einem Bombenanschlag auf eine Brücke über den Tigris mindestens sechs Menschen getötet und mehr als 20 Personen verletzt. Ein Selbstmordattentäter sprengte sich der Polizei zufolge mit einem Lastwagen auf der Brücke in die Luft. (Agenturen)



Angriff auf ein symbolträchtiges Ziel: Überlebende verlassen das Gebäude des irakischen Parlaments.

«Die Islamisten kämpfen ihre letzte Schlacht»

Islamistischer Terror ist kein Zeichen von Stärke, sondern von Schwäche – das ist die Sicht des syrischen Philosophen Sadik al-Azm.

Mit Sadik al-Azm sprach Claudia Kühner

Ihr Lebensthema ist die Demokratisierung der arabischen Welt. Algerien hat mit seinem Versöhnungskurs etwas in diese Richtung versucht. Und nun diese Terroranschläge. Wie interpretieren Sie das?

Die Säkularisierung der arabischen Welt ist eine Voraussetzung für die Demokratisierung. Für die islamistischen Organisationen heisst Demokratie vor allem Herrschaft der Mehrheit und nicht Rechte für Minderheiten, die in einem politischen Prozess zu Mehrheiten werden können. In Algerien wie andernorts

kämpfen Islamisten aber ihre letzte Schlacht. Denn sie haben kein überzeugendes Programm mehr.

Haben sie auch ihre Basis verloren?

Sie sind in gewissem Sinn eine Elite, die sich der Masse nicht öffnet, eine Elite, die zur Selbststopferung bereit ist. Traditionelle politische Arbeit, Wahlen, Parteien wollen sie nicht. Ich sehe im Terror nur noch eine Verzweiflungstaktik.

Wie erklären Sie dann die Massenaufläufe, etwa nach der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen?

Die darf man nicht als Zeichen der Unterstützung für die Extremisten deuten.

Was ist es dann?

Einfach Protest gegen eine Verhöhung des Islam, dazu staatlich organisiert, aber keine Unterstützung für al-Qaida.

Warum gibt es keine wahrnehmbaren öffentlichen Proteste von gemässigten Muslimen gegen den Missbrauch des Islam durch Terroristen?

Auf einer emotionalen Ebene gibt es eben doch Sympathie, das müssen wir zugeben, Schadenfreude halt. Die Distanzierung erfolgt nur auf individueller Ebene. Was für mich selber auch sehr schwer zu verstehen ist, dass selbst der aufgeklärteste Muslim nicht diese erste primitive Reaktion der Schadenfreude überwindet. Selbst meine erste Reaktion auf 9/11 war Schadenfreude, und ich schäme mich tief dafür.

Wie ist das möglich?

Wie ich sagte, ich schäme mich sehr dafür. Aber am selben Tag zum Beispiel kamen auch schreckliche Nachrichten aus Palästina. Ich sehe dann auch das Beispiel der Taliban, die erst von den USA unterstützt wurden und sich später, als Zauberlehrlinge, gegen ihre Meister wendeten.

Welche Kräfte aber können einen Mentalitätswandel herbeiführen?

Das ist ein langwieriger Prozess. Eine wichtige Voraussetzung wären politische Fortschritte, beispielsweise in Palästina.

Nun hat man gerade in dieser Hinsicht nach dem arabischen Gipfeltreffen von Riad von einer grossen Chance gesprochen, als Israel erneut Frieden für Land angeboten

wurde. Ist diese Chance inzwischen bereits verfallen?

Noch nicht. Man bringt sich jetzt erst einmal in Position und hält sich gleichzeitig Optionen offen.

Was hat die Araber gerade jetzt wieder zu ihrem Vorstoss bewegt?

Zwei Faktoren: Innerer Stillstand, den die Regimes durch Aktivismus überdecken müssen, und dafür ist der Nahostkonflikt immer gut. Der zweite Grund ist der Irak-Krieg und der für sie beängstigende Aufstieg der Schiiten.

Können Sie das am Beispiel Ihres Landes, Syrien, erläutern? Wie bewerten Sie den Wunsch von Präsident Bashar al-Assad, gerade jetzt mit Israel wieder in Verhandlungen zu treten und auch mit den USA?

Das erste Ziel seines und der anderen Regimes ist Selbsterhaltung, im Falle Syriens der regierenden Familie Assad. Unter seinem Vater Hafez hatte das Regime noch eine breitere Basis.

Präsident Assad sei nicht Herr seiner Politik, heisst es.

Jedenfalls kann er die Regierung nicht mehr managen wie sein Vater.

Es ist auch schwer, Logik in der syrischen Politik zu erkennen. Gleichzeitig die Annäherung an Israel zu suchen und die Hizbollah im Libanon zu unterstützen, wird Syrien den Golan nie zurückbringen.

Man könnte das als Realpolitik betrachten. Die Hizbollah zu unterstützen ist vis-à-vis Israel die Waffe eines Schwachen. Diese Art von doppeltem Druck generiert manchmal aber auch Resultate. Und Bashar al-Assad hat sonst keine Karte mehr.

Israel seinerseits hat eine sehr schwache Regierung, die keine kohärente Politik verfolgt. Sehen Sie trotzdem eine Chance für eine Annäherung an die gemässigte arabische Welt?

Israel hat immer stärkere und schwächere Regierungen gehabt. Den Konflikt mit den Palästinensern hat das kaum beeinflusst.

Am Beispiel Palästina sehen wir auch, dass freie Wahlen heute islamistische Kräfte an die Macht bringen und demokratische Wahlen nicht zwingend zu Demokratie führen. Wie umgehen mit diesem Dilemma?

Islamisten wie die Muslimbrüder sind heute Mainstream. Nur schon dass sie am politischen Prozess teilnehmen, hat auf Dauer einen entradikalisierenden Effekt auf sie.

Sie verweisen oft auf die Türkei als positives Beispiel, auch für eine fortschrittliche Säkularisierung.

Wie Tayyip Erdogans gemässigt islamische Partei durch Wahlen an die Macht kam und danach keine Katastrophe passierte, hat die arabische Welt tief beeindruckt.

Befürworten Sie deshalb einen EU-Beitritt der Türkei?

Je mehr Europa der Türkei hilft, desto mehr hilft die EU sich selber und der islamischen Welt auf dem Weg zu demokratischen Gesellschaften. Sonst sehen sie nur das Gegenmodell eines Taliban-Staates. Es gab zwar immer auch Säkularisierung in der arabischen Welt, aber nie von oben her durchgesetzt. Das macht die Islamisten umso nervöser. Sie kämpfen immer radikaler für die Wiedereinführung der Scharia. Denn immer weniger ist sie das bestimmende Gesetz, ausser zivilrechtlich.

«Friede in sechs Monaten möglich»

Jerusalem. – Ein Friedensvertrag zwischen Israel und Syrien könnte in sechs Monaten abgeschlossen werden, wenn die beiden Seiten nur wollten. Diese Ansicht äusserte Abe Suleiman, ein syrisch-amerikanischer Geschäftsmann, am Donnerstag vor dem israelischen Parlamentsausschuss für Aussen- und Verteidigungspolitik. Suleiman unterhält, wie er selbst sagt, gute Kontakte zu Syriens Regierung, vertritt diese aber nicht offiziell. Er war eine Schlüsselfigur in den Geheimgesprächen, die Vertreter der israelischen und syrischen Zivilgesellschaft zwischen 2004 und 2006 unter Schweizer Vermittlung geführt haben. Deshalb wurde der Mann jetzt vor den Kneset ausserhalb geladen. Die Anhörung war für eine Stunde geplant, sie dauerte zweieinhalb Stunden und löste eine lebhaftige Debatte aus. «Seit 1948 ha-

ben die politischen Führer Israels versichert, sie seien bereit, jederzeit und überall über Frieden zu sprechen. Syrien bietet dazu Hand. Doch Präsident Bashar al-Assad kann nicht allein Frieden schliessen. Er braucht Partner. Ich bitte die israelische Regierung, darauf zu antworten», sagte Suleiman vor der Presse.

In den Geheimtreffen habe sich gezeigt, dass eine Verständigung möglich sei. «Wenn sich die Parteien jetzt an einen Tisch setzen, könnte ein erstes Abkommen schon in sechs Monaten spruchreif sein», erklärte er. Der 70-jährige Syrer trat an der Seite von Alon Lieber, eines früheren israelischen Diplomaten, der an den Geheimgesprächen ebenfalls beteiligt war. Beide wünschten, dass die Schweiz ihre Mittlerrolle fortsetzt, «mindestens so lange, als die Kontakte nicht offiziell spielen». (msf)

ZUR PERSON

Sadik al-Azm



Sadik al-Azm wurde 1924 in Damaskus geboren. Er hat in Beirut, Amman und Damaskus Europäische Philosophie gelehrt. An vielen amerikanischen und europäischen Universitäten war er Gastprofessor. Sein Forschungsschwerpunkt ist vor allem der Zusammenhang von Aufklärung und Entwicklung in der islamischen Welt. In Syrien gehörte Azm immer zu den kritischen Denkern und geriet mehrfach mit dem Regime in Konflikt. Auf Deutsch erschienen von ihm «Unbehagen in der Moderne» (1992) und «Islam und säkularer Humanismus» (2004). Sadik al-Azm eröffnete am Donnerstag an der Universität Zürich die Veranstaltungsreihe «Border Crossings», die bis 5. Juni dauert (jeweils Do, 18.15 Uhr). (TA)

REKLAME

17231-1

Internationale Messe Erfindungen Ehrengast der CERN
Entdecken Sie FusionMan, den fliegenden Menschen
42 Länder 1'000 Neuheiten
18 > 22 April GENÈVE PALEXPO - HALLE 7
10-19 Uhr, Sonntag 10-18 Uhr www.inventions-geneva.ch